



Dr. Axel Berg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stv. energiepol. Sprecher der SPD-Fraktion

Deutscher Bundestag, Platz der Republik, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 721 79

Fax: (030) 227 – 700 53

Email: axel.berg@bundestag.de

Homepage: www.axel-berg.de

Besser spät als nie – CCS-Gesetz wird neu verhandelt

Berlin, 17. Juni 2009. Zur Verschiebung der Beratung des CCS-Gesetzes im Bundestag erklärt der stellvertretende energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Axel Berg:

„Endlich sind die Bedenken gegen einen vorschnellen Beschluss des CCS-Gesetzes (Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid) auch bei der Union angekommen. Letztendlich musste auch die Union verstehen, dass man kein Gesetz ohne vernünftige Debatte verabschieden kann. Man kann nicht einfach über die Bedenken der Bevölkerung hinweggehen, nur weil die großen Energieversorger an die Tür klopfen und einen zügigen Gesetzesrahmen wollen.

Ich wende mich schon lange gegen das Eilverfahren beim CCS-Gesetz. Ich möchte keine Abwälzung der Risiken auf die Allgemeinheit. Das Problem kennen wir seit langem in anderen energiepolitischen Bereichen. Das Risiko muss für mindestens einhundert Jahre bei den Energieversorgern bleiben. Wenn diese die Beherrschbarkeit nicht garantieren und versichern können, warum sollte der Staat dies dann tun? Es muss zudem einen Vorrang für nutzbare Energie gegenüber Abfallablagerung geben, d.h. sowohl für Biogasspeicher als auch für Geothermie-Projekte. Eine Studie des BMU zeigt deutlich auf, dass in Zukunft Konkurrenzen zwischen petrothermaler Geothermie und CCS-Ablagerung bestehen.

Mich erreichten in den letzten Wochen ca. 2000 E-Mails von besorgten Bürgern, die sich ebenfalls über die Übernahme der Risiken durch den Staat beschwerten. Wir sollten auf die Sorgen der Bürger eingehen und ein Gesetz aushandeln, welches für die CCS-Demo-Projekte eine Planungssicherheit bringt, aber keinen löchrigen Gesetzesrahmen für die Ewigkeit schafft. Projekte sind gut, einen Freifahrtschein für die Energieriesen darf es aber nicht geben. Bevor es einen umfassenden Rechtsrahmen gibt, sollten wir eine gesellschaftliche Diskussion darüber führen, wie wir uns die Zukunft der Energieversorgung vorstellen: Wollen wir auf endliche und fossile Energien setzen oder wollen wir das Geld direkt in vernünftige solare Projekte investieren?“

Wahlkreisanschrift: Belgradstraße 15a, 80796 München, Tel.: (089) 39 41 80, Fax: (089) 33 02 99 06,
e-mail: axel.berg@wk.bundestag.de